

Ressort: Politik

Berlins Justizsenator fordert Bundesratsinitiative zu Paragraf 219a

Berlin, 01.12.2017, 18:00 Uhr

GDN - Berlins Justizsenator Dirk Behrendt bereitet eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Paragrafen 219a des Strafgesetzbuches vor, der "Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft" verbietet. "Der Paragraf erschwert Frauen den Zugang zu Informationen und kriminalisiert die Ärzteschaft", sagte der Grünen-Politiker dem "Spiegel".

Er schlägt dem Berliner Senat nun eine Bundesratsinitiative vor. Sie soll Anfang des Jahres in die Länderkammer eingebracht werden und den politischen Druck erhöhen. Vergangene Woche war eine Ärztin zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil sie auf ihrer Website auch "Schwangerschaftsabbruch" als Tätigkeit aufführt. Im Bundestag bereiten Politiker von SPD und Grünen jeweils Anträge vor, die Linke hat einen solchen bereits eingereicht.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-98517/berlins-justizsenator-fordert-bundesratsinitiative-zu-paragraf-219a.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com